

Der Brunnerbrief

No. 01/2019 – 18.01.2019



Am 17.02.2019 feierten wir 100 Jahre „Damenwahl“! das Frauenwahlrecht war der Anfang zur Gleichberechtigung, doch am Ziel sind wir noch lange nicht.

„Sehr geehrte Herren und Damen“

Wer jetzt darüber gestolpert ist weiß, dass sich in unserer Gesellschaft erheblich was gewandelt hat. Als erste Frau begann Marie Juchacz so ihre Rede im Reichstag. Was für eine Revolution! Heute ist es uns selbstverständlich, wenn eine Frau ans Rednerpult tritt, damals musste Marie Juchacz noch ihre Stimme erheben, um gegen das Gelächter ihrer männlichen Kollegen anzukommen.

Die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt ist das Gesicht, das in den letzten Tagen im Mittelpunkt stand und sicher noch das ganze Jahr im Gespräch bleiben wird. Denn sie, die SPD Reichstagsabgeordnete ist eine Lichtgestalt der Deutschen

Sozialdemokratie wie auch der Frauenrechtsbewegung. Unermüdlich

setzte sie sich für die Gleichberechtigung ein. In ihrer Rede am 19.02.1919 sagte sie: „ Wir Frauen sind uns bewußt, daß in zivilrechtlicher wie auch wirtschaftlicher Beziehung die Frauen noch lange nicht die Gleichberechtigten sind. Es wird hier angestrengtester und zielbewußtester Arbeit bedürfen, um den Frauen im staatlichen und wirtschaftlichen Leben zu der Stellung zu verhelfen, die ihnen zukommt.“

Auch 100 Jahren danach immer noch keine Selbstverständlichkeit. Bis zum 18. März jährlich arbeiten Frauen umsonst arbeiten, im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen. Denn sie verdienen leider weniger! Auch heute noch sind Frauen in Vorständen und Parlamenten eine Minderheit. Da es mit Freiwilligkeit



www.facebook.com/Brunner.SPD

nicht funktioniert fordern wir eine verbindliche Quote, stärkeren Ausbau der Kinderbetreuung und gesellschaftliches Umdenken. Denn nicht nur Frauen können Kinder betreuen und erziehen, das können Männer auch!

Marie Juchacz war sich der Schwierigkeit der Aufgabe bewusst, aber sie hat uns gleichzeitig eine Lösung angeboten. Durch harte und zielgerichtete Arbeit werden Frauen und Männer eines Tages gleichberechtigt sein. Positive Ansätze sind vorhanden, doch am Ziel sind wir noch lange nicht. Also lasst uns weiter dafür kämpfen und streiten!

Jetzt müssen die Karten auf den Tisch!

Im vergangenen Herbst hatte der Bundesrechnungshof aufgedeckt, dass es im Verteidigungsministerium in zahlreichen Fällen externen Beraterverträgen geschlossen wurde. Leider hat das BMVg in den sich daran anschließenden Sitzungen des Verteidigungsausschusses mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. Daher haben die Oppositionsfraktionen bereits im Dezember angekündigt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu

beantragen, um diese Vorgänge aufzuklären. Die ursprünglich für diese Woche vorgesehene Einsetzung scheiterte jedoch. Entgegen dem, was diese Woche durch die Presse geisterte, hat niemand die Einsetzung „blockiert“, sondern lediglich darauf bestanden geltendes Recht einzuhalten. Das Gesetz über parlamentarische Untersuchungsausschüsse (PUAG) verlangt, dass Untersuchungsausschüsse einen klaren Auftrag bekommen. – ein bloßes Fischen im Trüben nach dem Motto „Wir untersuchen einfach mal alle Verträge irgendetwas wird schon hängen bleiben“, ist nicht erlaubt und damit rechtswidrig.

Nun muss der Untersuchungsauftrag durch den Geschäftsordnungsausschuss des Bundestages bewertet werden und anschließend in einwandfreier Formulierung wieder vorgelegt werden. Der Untersuchungsausschuss wird dann seine Arbeit aufnehmen können. Dafür wird es auch Zeit. Jedoch alles muss mit rechten Dingen zugehen. So viel Seriosität muss sein!

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

erreichen. Die Türen meines Wahlkreisbüros in Neu-Ulm stehen zudem jederzeit offen.



www.facebook.com/Brunner.SPD

